



## ZURÜCKGEZOGEN Antrag 01

**Antragsgegenstand:** Zentrale Plattform für Kommunikation und Zusammenarbeit

**Antragstellende:** Christian Buhrmann (Diözesanvorsitzender Berlin),  
Nicole Wihan (Diözesanvorsitzende Berlin)

### Die Bundesversammlung möge beschließen:

Die Bundesversammlung möge beschließen, dass der Bundesverband für sich und seine Gliederungen eine zentrale Plattform für Kommunikation und Zusammenarbeit einrichtet, um

1. dem Verband eine datenschutzkonforme Plattform zur Verfügung zu stellen und
2. eine technische Basis für Kommunikation und Zusammenarbeit im Verband zu schaffen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine entsprechende Arbeitsgruppe einzurichten, die sich damit auseinandersetzt.

Die Plattform (bzw. eine geeignete Kombination aus Tools/Anbietern) soll mindestens die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Zugangsmöglichkeit für alle Leiter\*innen, Vorstandsmitglieder und Mitglieder
- Zentrale **Dateiablage** mit Rechteverwaltung, Offline-Synchronisierung und mindestens 1 GB Speicher pro Nutzer
- Gemeinsame, gleichzeitige **Online-Dateibearbeitung** formatierter Dokumente, Präsentationen und Tabellen.  
Bearbeitung/Import/Export gängiger Formate: Standards (\*.odt, \*.ods, \*.odp), Portable Document Format (\*.pdf), Microsoft Office Formate (\*.docx, \*.xlsx, \*.pptx) und Reintextformate (\*.txt, \*.csv) bei einfacher Bedienung.
- **Kurznachrichtendienst/Chat/Video- / Telefon-Konferenzen** für die schnelle Kommunikation mit Einzelpersonen und Gruppen
- **E-Mailpostfächer** für den Versand umfangreicherer Informationen
- Unterstützung von Windows, Linux und OSX. Mobile Unterstützung von Android und iOS
- Verschlüsselte E-Mail-Kommunikation nach geltenden Standards (OpenPGP)
- Erfüllung der für den Verband vorgeschriebenen Datenschutzverordnungen ggf. durch die Erweiterung der Anmeldeunterlagen und Datenverarbeitungsverzeichnisse des Verbandes.



Drucksache 10a

Die Einrichtung des Systems und der Übergang in den Produktivbetrieb sollen bis spätestens zur Bundesversammlung 2021 erfolgen. Der Bundesversammlung 2020 ist über den Fortschritt des Vorhabens zu berichten.

#### **Begründung:**

Die Einführung einer bundesweit einheitlichen Kommunikationsplattform ist notwendig um

1. den Datenschutz zu gewährleisten und
2. Zusammenarbeit und Kommunikation im Verband zu verbessern.

Die anhaltende **Datenschutz** Debatte stiftet große Unsicherheit und verharrt bisher oft in der Verbannung bestehender Kommunikationswerkzeuge ohne eine klare Alternative anzubieten. Dezentrale Lösungen können Ehrenamtliche oft überfordern und erfüllen die Prinzipien des Datenschutzes nicht immer hinreichend. Insbesondere das Prinzip der Transparenz: Durch die Nutzung unterschiedlichster Dienste (unterschiedlicher E-Mail-Provider, online Speicherdienste und Messenger-Dienste) ist es faktisch kaum möglich einen Überblick über die Anbieter zu behalten und ein umfangreiches Datenverarbeitungsverzeichnis zu erstellen. Eine Nachricht an einen typischen Leiterrunden-E-Mailverteiler landet aktuell beispielsweise bei wenigstens 3-5 verschiedenen E-Mailanbietern. Je nach Präferenzen eines Projektteams (SoLa, DiLa, BuKo, WBK, ...) werden personenbezogene Daten in unterschiedlichsten Anwendungen gespeichert und verarbeitet. Im Sinne der Transparenz braucht es eine benannte Plattform, die an Eltern und Mitglieder kommuniziert wird.

Eine nicht einheitliche Plattform verhindert bzw. behindert zudem effektive **Kommunikation und Zusammenarbeit** innerhalb unseres Verbandes. Zu oft verharrt der Wunsch nach Kollaboration in der Diskussion um die Wahl des (Kommunikations-)Werkzeuges: WhatsApp oder Threema? OneDrive, Dropbox oder Google Drive, oder die Owncloud einer Diözese? Skype oder Hangout? Wie erreichen wir ...? Ein neues Tool: wie funktioniert hier gleich ...?

Effektive Zusammenarbeit setzt voraus, dass diese Fragen geklärt sind und nicht jedes Mal mit entsprechendem Kraft & Zeitaufwand neu diskutiert werden. Kommunikation entsteht durch die Möglichkeit zur Kommunikation. Kommunikationskanäle die erst aus der Notwendigkeit zu Kommunikation entstehen, kommen meistens zu spät.

Die DPSG betreibt bereits mehrere Plattformen (laut <https://status.dpsg.de/>), zumindest den Webservice [www.dpsg.de](http://www.dpsg.de), eine Cloud, einen E-Mail-Service. Die NaMi-, eine Doku- und eine Rechnungswesen-Plattform. Es besteht offenbar sowohl Infrastruktur, als auch Ressourcen für die Umsetzung und den Betrieb der geforderten Kommunikationsplattform.

Bei der Umsetzung sollten Open-Source-Lösungen bevorzugt werden, da sie proprietären Lösungen in Bezug auf langfristige Kosten, Innovationsgeschwindigkeit und Qualität überlegen sind und eine Abhängigkeit von bestimmten Anbietern, Dienstleistern und Software vermeiden. Hierbei ist auf den professionellen und sicheren Betrieb zu achten.